

An wen können sich die Beschäftigten wenden?

Verwirklichung von Arbeitsstandards in Südostasien

von Jack Catarata

Obwohl die meisten südostasiatischen Regierungen die Konventionen der International Labour Organization (ILO) unterzeichnet haben, werden Arbeitsstandards nicht eingehalten. Weltweit operierende Netzwerke fordern deren Beachtung und unterstützen die Arbeiter auf lokaler Ebene.

Ngadinah Abu Binti Bawardi, 29, sitzt in Untersuchungshaft in Tangerang, einem kleinen Bezirk östlich der indonesischen Hauptstadt Jakarta. Sie wurde von der Polizei in Verbindung mit ihrer Rolle als Arbeiterführerin während eines Streiks in ihrer Fabrik im September 2000 verhaftet. Gemeinsam mit anderen Gewerkschaftsführern konnte sie 8.000 ihrer Mitarbeiter zu einem Streik mobilisieren, der die Produktion in ihrem Betrieb P.T. Panarub lahmlegte. P.T. Panarub produziert Schuhe für den multinationalen Sportbekleidungshersteller adidas-Salomon AG. Die Forderung der Streikenden: höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, wie nach indonesischem Recht garantiert.

Ihr Streik erhielt internationale Unterstützung und rückte die Produktionspraktiken des deutschen Multis ins Rampenlicht. Unter immensen internationalen Druck wurde P.T. Panarub, wahrscheinlich mit der Intervention von adidas, gezwungen, auf die rechtmäßigen Forderungen der Arbeiter einzugehen. Darüber hinaus stimmte die Firma zu, die streikenden Arbeiter weder durch Einschüchterung noch Entlassung zu bestrafen.

P.T. Panarub schien sich bis zum 13. April 2001 an das Versprechen zu halten, als Frau Bawardi, Generalsekretärin ihrer Betriebsgewerkschaft, bei der Eröffnung des Kongresses der *Vereinigung Indonesischer Gewerkschaften* im nationalen

Fernsehen über ihre Erfahrungen im Streik interviewt wurde. Dies missfiel der Firmenleitung.

Am folgenden Tag forderte sie von ihr eine Erklärung zu ihrem Fernsehauftritt. Eine Woche später beschuldigte die lokale Polizei sie der »missliebigen Handlungen«, eine alte, jedem anzulastende Straftat, die bis in die niederländische Kolonialherrschaft zurück reicht und die indonesische Autoritäten vor allem während der Suharto-Zeit gebrauchten, um politische Dissidenten und Arbeiteraktivisten zu zermürben. Jeder, der nach diesem Recht angeklagt wird, kann noch vor einem Prozeß bis zu zwanzig Tage in Haft gehalten werden. Sich auf Gewerkschaftsschikane berufend, kämpft Bawardis Gewerkschaft nun gegen ihre Inhaftierung und mobilisiert internationale Unterstützung, um ihren Fall zu gewinnen.

Verstöße gegen Arbeitsstandards in Südostasien

Frau Bawardis Geschichte, die erst kürzlich an die Öffentlichkeit gelangte, lenkte die Aufmerksamkeit wieder einmal auf die Notlage tausender Fabrikarbeiter nicht nur in Indonesien sondern ganz Südostasien, welche für weltweit führende Bekleidungs- und Schuhhersteller produzieren.

Der Autor ist Mitarbeiter der Kampagne für saubere Kleidung in Deutschland. Er ist Filipino.



Foto: W. Gebhardt

Ohne soziale Sicherung wird in dieser Schneiderei für den Export produziert.

In gewisser Weise ist Bawardi in einer besseren Lage als ihre Kollegen in Bangkok, Manila, Saigon, Phnom Penh oder Rangun. Ihre Fabrik hat eine relativ starke Gewerkschaft mit Zugang zu einem internationalen Netzwerk von Arbeiteraktivisten, die jetzt für ihre Freilassung kämpfen. Vor allem ist ihre Fabrik bekannt dafür, eine Herstellungslizenz eines wohlbekannten multinationalen Unternehmens zu haben. In einem oftmals mühseligen Kampf gegen Arbeitsrechtsverstöße auf der ganzen Welt kann eine solche Information schon einen großen Unterschied ausmachen.

Durch komplizierte Investitionsschemata wie Unterverträge, Lizenzen u.a. stellen überall in der Region Südostasiens anonym in »Sweatshops«, Unternehmen, in dem Menschen zu niedrigsten Löhnen unter schlechten Bedingungen arbeiten, Schuhe und Bekleidung her. Da viele Unternehmer auf die Maximierung ihrer Profite aus sind und Arbeitsstandards entweder gering oder gar nicht vorhanden sind, sind die Arbeiter maßlos unterbezahlt, arbeiten unter unsicheren und ungesunden Bedingungen. Ihnen wird auch nicht erlaubt, sich zu organisieren. Ohne zu wissen, welche Marke oder für welchen Markt sie produzieren, arbeiten einige von ihnen um die 90 Stunden pro Woche. Die meisten sind minderjährige, unausgebildete Frauen aus ländlichen Gebieten, die Ausbeutung und Missbrauch besonders ausgesetzt sind. In extremen

Fällen, wie in Burma, werden sie von ihrer eigenen Regierung gezwungen, wie Sklaven zu arbeiten und werden, wenn sie sich weigern, gefoltert.

Obwohl die meisten südostasiatischen Regierungen Unterzeichner der Konventionen der *International Labour Organization* (ILO) sind, worin unter anderem das Recht der Arbeiter sich zu organisieren und das Recht auf einen Mindestlohn anerkannt wird, stehen die Arbeitsstandards nicht an der Spitze ihrer nationalen Agenda. Mit der Situation konfrontiert, dass multinationale Unternehmen ihre Aktivitäten leicht von einer Region zur anderen verschieben können, beispielsweise sind die Nachbarn China und Indien nahe Konkurrenten, zögern die südostasiatischen Regierungen, Themen zu Arbeitsstandards in Angriff zu nehmen. Thailand wendet sich zum Beispiel sehr lautstark gegen die Idee, Arbeitsstandards bei Verhandlungen in der Welthandelsorganisation zu thematisieren. Vietnam missbilligt unabhängige Handelsgewerkschaften, die sein neues, investitionsfreudiges Image schädigen könnten.

Mit ihren nach Investoren Ausschau haltenden Regierungen haben Arbeiter gegen die Macht und den Einfluß von Fabrikbesitzern, die die Arbeitskosten auf dem absoluten Minimum halten wollen, um ihre Verträge mit großen multinationalen Unternehmen beizubehalten, keine Chance. An wen können sich die Arbeiterinnen und Arbeiter wenden?

Weltweite Netzwerke für Arbeiterrechte

Seit Beginn der neunziger Jahre keimt eine lockere, aber ideologisch verbundene Protestbewegung für internationale Arbeitsrechte in Europa, USA, Kanada und Australien auf. Über Internet und medien-trächtige Kampagnen hat diese Bewegung schon weltweit öffentliche Aufmerksamkeit erhalten und eine intensive Debatte über die Konsequenzen der Handelsliberalisierung und der Globalisierung provoziert. Zusammengesetzt aus unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen, StudentInnengruppen und Gewerkschaften fordert die Bewegung, dass multinationale Körperschaften für die Ausbeutung von Arbeitern, die ihre Produkte in Fabriken der südlichen Länder produzieren, die volle Verantwortung übernehmen müssen.

Kurz nachdem in den späten 1980er Jahren der schreckliche Zustand der zumeist weiblichen Arbeiter einer für ein britisches Bekleidungsunternehmen produzierenden Fabrik in einer Exportverarbeitungszone in den Philippinen publik wurde, nahm ein starkes Arbeiterrechtsnetzwerk für Schuh- und Bekleidungsindustriearbeiter weltweit in Europa Gestalt an. 1990 in Holland gegründet, entwickelte die *Clean Clothes Campaign* (CCC) einen Verhaltenskodex, der die Rechte der Fabrikarbeiter der Schuh- und Bekleidungsindustrie schützen soll. Durch Konsumentenaufklärung, Straßenaktionen und Öffentlichkeitsarbeit hat CCC viele multinationale Unternehmen in die Defensive bezüglich ihrer Arbeitsrechtsberichte gebracht.

In Südostasien konnte CCC und sein Netzwerk von 200 Organisationen Verstöße gegen Arbeitsrecht aufdecken. Der Schuhhersteller Nike zum Beispiel wurde angeklagt, Kinderarbeit in seiner Fabrik in Kambodscha zuzulassen. Der europäische Unterwäschegigant Triumph wurde für die Gewerkschaftszerschlagung in den Philippinen und für seine Investitionen in Burma, einem Land, das für seine systematische Nutzung von Zwangsarbeitern bekannt ist, kritisiert.

Um das Feuer noch vor einem Flächenbrand zu stoppen und um von Behauptungen der Arbeitsausbeutung abzulenken, begannen



Produktion von Textilien auf dem Land für den Export

Foto: W. Gebhardt

multinationale Unternehmen, ihre eigenen Versionen der Verhaltensrichtlinien zu entwickeln. Für Arbeiterorganisationen wie CCC ist dies eine willkommene Entwicklung, die zeigt, dass multinationale Firmen zögernd ihre Verantwortung anerkennen. Dennoch bleibt immer die Frage der Ausführung. Ein Unternehmenskodex kann perfekt die Rechte der Arbeiter bis in alle Einzelheiten darstellen, aber deren Realisierung in einer entlegenen Fabrik in Thailand beispielsweise ist ein ganz anderes Thema. Im Falle von adidas wurde ein eigener sogenannter *Standard of Engagement* (SOE) entwickelt, in welchem die Respektierung grundlegender Arbeiterrechte von ihren Geschäftspartnern erwartet wird. Den-

noch landete Frau Bawardi im Gefängnis.

Die Herausforderung für CCC ist jetzt, multinationale Unternehmen zu engagieren, unabhängige Beobachter einzusetzen, um ihre Verhaltenskodizes zu überwachen. In einer Region wie Südostasien mit ihren verwickelten sozio-kulturellen, politischen und ökonomischen Realitäten, ist diese Aufgabe entmutigend. Doch durch die Nord-Süd-Solidarität zwischen den ausgebeuteten Arbeitern auf der einen und die Arbeiterrechtsbewegung auf der anderen Seite kann diese bewältigt werden.

Am Tag nach Frau Bawardis Festnahme sandte SISBIKUM, die indonesische Gewerkschaft, zu der sie gehört, ihre Geschichte an das inter-

nationale Sekretariat von CCC in Amsterdam, welches sofort über das Internet Einspruch erhob. Eine Flut von »Notfallaktionen«-e-Mails an adidas-Salomon-Büros folgte und zwang das Unternehmen, eine Erklärung zum Bedauern der Verhaftung abzugeben und zu versichern, den Fall genauer zu untersuchen. Dies wird in Frau Bawardis Fall vielleicht nicht helfen, aber multinationalen Unternehmen sicherlich bewusst werden lassen, dass die Arbeiter in Südostasien und anderswo in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen nicht allein sind.

Der Text wurde von Ulrike Bey aus dem Englischen übersetzt.

Präsidenten als nationale Sicherheitsrisiken

Folgt Wahid Estrada in den politischen Orkus?

Der erst seit Oktober 1999 amtierende indonesische Präsident Abdurrahman Wahid gerät ins Straucheln. Straßenproteste verhalten dem langjährigen Vorsitzenden der einflussreichen muslimischen Organisation Nahdlatul Ulama nach über 30-jähriger Suharto-Diktatur zum Amtsantritt. Heute erschallt der Ruf nach seinem Rücktritt. Das Parlament hatte Wahid bereits Ende April 2001 zum zweiten Mal wegen Korruptionsvorwürfen gerügt. Ende Mai nun wird in Jakarta im Parlament erneut über ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten durch die Beratende Volksversammlung, das höchste Organ der Legislative, entschieden: Angeblich soll Wahid, der dies kategorisch bestreitet, gar von inszeniertem Theater eines Kindergartens sprach und einer

»Front zur Verteidigung der Wahrheit« unterstützt wird, umgerechnet zirka sechs Millionen US-Dollar von der staatlichen Logistikbehörde »Bulog« und an Zuwendungen des Sultans von Brunei eingestrichen haben. Was unter Suharto »Peanuts« gewesen wären, kann heute dem Land neben einer latenten Staatskrise zusätzlich eine akute Regierungskrise beschere-

ren. Verschwindet nach dem philippinischen Ex-Schauspieler-Präsidenten Joseph Estrada nunmehr auch sein benachbarter Amtskollege im politischen Orkus? Einiges spricht dafür, wenngleich beide Personen unterschiedlicher kaum sein könnten. Estrada war ein Zögling der Marcos-Diktatur und setzte wie sein Mentor in Zeiten innenpolitischer Krisen auf den »totalen Krieg« gegen seine politi-



von Rainer Werning

schen Gegner. Wahid hingegen entstammt einer angesehenen Gelehrtenfamilie und favorisiert zivile Umgangsformen und Dialog, um Krisen zu entschärfen. Estrada verfiel sich im Gestrüpp elitärer Vetterwirtschaft und führte am Ende seiner nur zweieinhalbjährigen Amtszeit die Staatsgeschäfte in mafioser Manier. »Erap für die Armen«, des Präsidenten Lieblingslogan in besseren Zeiten, ebnete anstelle der Marginalisierten früheren Spießgesellen des Marcos-Regimes (1966-86) erneut den Weg zu politischen Ämtern und Pfründen. Wahid war ein taktisch versierter Widersacher des Terrorregimes und darauf bedacht, dessen katastrophales wirtschaftliches, soziales und politisches Vermächtnis zu beseitigen. Nirgendwo sonst sind in so kurzer Zeit so viele Menschen pauperisiert